



Niederschrift

über die **öffentliche** Sitzung des Sozialausschusses des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 25. September 2023**, im Großen Sitzungssaal des Landratsamts in Konstanz, Benediktinerplatz 1, 78467 Konstanz.

Beginn: 14 Uhr

Ende: 16 Uhr

TAGESORDNUNG

TOP	Bezeichnung	Drucksache-Nr.
1.	Einführung eines Sozialtickets für den Landkreis Konstanz; Antrag der Fraktion DIE LINKE	2023/198
2.	Auslastung der Frauenhäuser, Wohnraumversorgung nach einem Frauen- hausaufenthalt; Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN	2023/216
3.	Analyse der Versorgungssituation werdender Eltern; Antrag der Fraktion Freie Wähler	2023/230
4.	Sachstand Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten	2023/209
5.	Hausaufgabenbetreuung / Spielgruppen in den Gemeinschaftsunterkün- ften des Landkreises Konstanz	2023/210
6.	Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche	
6.1.	Geplante Kürzung der Beratungshilfe für Migranten durch den Bund; Hinweis Herr Grams	

Vorsitzender

Danner, Zeno, Landrat

Stimmberechtigte Mitglieder Kreistag

Auer, Thomas, Dr.

Baumgartner, Dietmar

Beyer-Köhler, Günter (als Vertretung für den entschuldigten **Küttner**, Normen)

Both-Pföst, Hubertus, Dr.

Friedrich, Stefan

Diehl, Bernhard

Fuchs, Soteria (als Vertretung für die entschuldigte **Kreitmeier**, Christiane, Dr.)

Graf, Kirsten

Häusler, Bernd

Hofer, Sigrid, Dr.

Hoffmann, Andreas

Hug, Michael

Keck, Jürgen

Özdemir, Zekine

Röth, Sibylle, Dr.

Röwer, Marcus

Sarikas, Zahide

Volz, Tobias

Wehinger, Dorothea, MdL

Zoll, Wolfgang, Dr.

Beratende Mitglieder

Brütsch, Regina

Grams, Christian

Sackmann, Bärbel

Hotz, Gaby

Als Gast nimmt teil

Mors, Benjamin (Kreisrat, TOP 3)

Zwiebel, Claudia (Verein Frauen- und Kinderschutz, TOP 2)

Entschuldigt

Graf, Boris

Kreitmeier, Christiane, Dr.

Küttner, Normen

Verwaltung

Basel, Stefan

Nops, Harald

Brumm, Monika

Wochner, Inge

Protokoll

Hoffmann, Vera

Der **Vorsitzende** eröffnet die **öffentliche** Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die als Gäste anwesenden Kreisrätinnen und Kreisräte.

Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; anschließend verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

Der **Vorsitzende** verpflichtet Frau **Bärbel Sackmann** für die LIGA-Vertreter als beratendes Mitglied im Ausschuss. Frau **Sackmann** spricht folgende Verpflichtungsformel:

„Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte des Landkreises gewissenhaft zu wahren, sein Wohl und das der in ihm lebenden Menschen nach Kräften zu fördern. So wahr mir Gott helfe.“

**1. Einführung eines Sozialtickets für den Landkreis Konstanz;
Antrag der Fraktion DIE LINKE**

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein.

Kreisrätin **Dr. Röth** erläutert den Fraktionsantrag und plädiert für die Einführung eines Sozialtickets.

Kreisrat **Hoffmann**

Da der finanzielle Spielraum in den kommenden Haushaltsjahren beschränkt ist, wird sich schwer damit getan, dem Antrag zuzustimmen.

Kreisrätin **Dr. Hofer** spricht sich für die Einführung eines Sozialtickets aus, um eine soziale Lücke zu schließen. Daher wird die Einführung eines Sozialtickets der Variante zwei befristet auf ein Jahr beantragt. Nach einem Jahr sollte das Ticket evaluiert werden.

Kreisrat **Dr. Zoll**

Das wäre mit einem großen Aufwand verbunden. Es wird ein Gegenantrag gestellt.

Kreisrat **Volz**

Man ist hin und her gerissen. Der Aufwand der Verwaltung ist kaum darstellbar. Dem Antrag der GRÜNEN-Fraktion wird sich angeschlossen.

Kreisrat **Özdemir**

Das JugendticketBW ist für Sozialleistungsempfänger sehr schwer zu zahlen, da man den Betrag im Ganzen vorstrecken muss. Das wäre ein Argument, das Sozialticket auf ein Jahr zur Probe zu nutzen.

Vorsitzender

Der Aufwand und die geringste Wirkung stehen nicht im Verhältnis.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss 1 - Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (9 JA-Stimmen, 11 Gegenstimmen; folglich abgelehnt):

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Kreistag ein Sozialticket nach Variante 2 – mittlere Variante – für ein Jahr zur Probe einzuführen. Nach einem Jahr wird das Ticket evaluiert.

Empfehlungsbeschluss an den Kreistag (11 JA-Stimmen, 7 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen):

Ein Sozialticket für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wird im Landkreis Konstanz nicht eingeführt.

Kreisrätin **Dr. Röth**

Im Antrag wurde auch die Bitte geäußert, Fördermöglichkeiten durch das Land zu prüfen und bei Nicht-Bestehen nachdrücklich anzuregen. Könnte das umgesetzt werden?

Vorsitzender

Das wird mitgenommen.

**2. Auslastung der Frauenhäuser, Wohnraumversorgung nach einem Frauenhausaufenthalt;
Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN**

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Kreisrätin **Fuchs** erläutert den Fraktionsantrag.

Es muss ein Prüfauftrag an die Verwaltung erfolgen für die Aufstockung von Anschlussplätzen.

Kreisrat **Volz**

Die vorgelegten Zahlen überraschen. Die SPD-Fraktion ist an der bestmöglichen Versorgung interessiert. Wie ist es mit Vorhalten von Plätzen? Die Frauenhäuser müssten eigentlich detailliertere Zahlen bringen. Das war die Vorstellung. Wenn der Landkreis das finanziert, muss er die Zahlen auch kennen. An Unterstützung wird es im Kreistag nicht mangeln, aber man braucht genauere Zahlen.

Vorsitzender

Wenn man im Landkreis Konstanz mehr Plätze schaffen würde, würde man das für Frauen schaffen, die nicht aus Konstanz kommen. Das müsste man dann landesweit angehen. Das ist die Schwierigkeit.

Die Überprüfung, die im Landkreis Konstanz nach sechs Wochen erfolgt, macht jeder Landkreis in irgendeiner Form. Konstanz macht es ggf. dezidiierter. Es geht darum, am Ende die richtigen Grundlagen für weitere Entscheidungen zu haben.

Kreisrätin **Wehinger**, MdL

Die Problematik wird nicht weniger, sondern nimmt zu. Häufig kommen auch Kinder zu Schaden. Es ist die gesellschaftliche Aufgabe, den Betroffenen Schutz zu gewähren und sie zu beraten. Dazu braucht es die Zwischenwohnungen. Frauen mit Kindern tun sich hier noch schwerer. Man muss aber verhindern, dass die Frauen zu ihren gewalttätigen Männern zurückkehren.

Kreisrätin **Wehinger**, MdL, bittet darum, dass beim nächsten Antrag auch Vertreterinnen des Frauenhauses an der Verwaltungsbank sitzen.

Vorsitzender

Man ist sich in der Sache nicht uneinig. Die Frage ist, wie man damit umgeht. Bei der Frage, wie viele Plätze der Landkreis Konstanz vorhalten muss, muss man auch den Blick auf andere Landkreise werfen, damit Frauen aus dem Landkreis Konstanz in entsprechender Zahl in anderen Landkreisen unterkommen.

Zum weiteren Verfahren wird angemerkt, dass ein Antrag für eine Beschlussfassung notwendig wäre. Bisher wurde lediglich ein Bericht beantragt.

Kreisrat Keck

Es wird beantragt, dass auch Frau **Zwiebel** etwas zum Sachverhalt sagen kann.

Herr Grams

Die Überprüfung nach sechs Wochen ist für die Betroffenen oftmals sehr belastend. Zudem stellt sich die Wohnungssuche im Landkreis Konstanz sehr schwierig dar.

Die Familiengerichte schreiben immer mehr Urteile, dass die Väter auch Rechte haben, ihre Kinder zu sehen. Das bringt die Fachkräfte in den Frauenhäusern an die Grenzen des Möglichen.

Kreisrätin Fuchs

Der Gedanke ist nachvollziehbar, dass man sich für Frauen aus anderen Landkreisen nicht verantwortlich fühlt.

Dem Jahresbericht 2022 des Vereins "Frauen helfen Frauen in Not e.V." ist zu entnehmen, dass 55,3 Prozent der Frauen, die sich im Frauenhaus gemeldet haben, ihren Wohnsitz in der Stadt Konstanz haben. 29,4 Prozent kamen aus dem Landkreis Konstanz. Das zeigt, dass das der Landkreis Konstanz verantwortlich ist und handeln muss.

Vorsitzender

Nur weil jemand nicht aus Konstanz kommt, bedeutet das nicht, dass man nicht helfen muss.

Zu den erwähnten Zahlen bzw. der Anzahl an betroffenen Frauen, die sich aus dem Landkreis Konstanz bei den Frauenhäusern gemeldet haben, stellt sich die Frage, ob diese auch in einem Frauenhaus im Landkreis Konstanz untergekommen sind, oder ob es nur der Erstkontakt war?

Kreisrat Hug

Gibt es eine signifikante Steigerung der Fallzahlen und der betroffenen Personen in den letzten Jahren? Lässt sich im Hinblick auf Planungssicherheit eine Prognose erstellen?

In den Schreiben der Frauenhäuser werden teilweise auch Frauen mit fünf bis sechs Kindern erwähnt. Lassen sich dadurch Rückschlüsse auf eine Verstärkung durch die Migrationskrise ziehen?

Kreisrätin Sarikas

Auch einheimische Frauen haben vier bis fünf Kinder.

Kreisrat Hug

Im Landkreis Konstanz gibt es Initiativen, die betreutes Wohnen für Jugendliche anbieten. Wäre das ggf. ein Lösungsansatz für die erwähnte Problematik der Unterbringung von männlichen Kindern ab 14 Jahren?

Vorsitzender

Es ist eine unzulässige Erwägung bei der Frage, ob man jemandem in Not hilft, darauf zu schauen, woher jemand kommt. Deswegen tun wir das nicht und deswegen spielt das auch keine Rolle bei der Betrachtung, ob eine Frau Hilfe benötigt.

Frau Brütsch

Häusliche Gewalt kommt in allen Gesellschaftsschichten und in allen Herkunftsnationen vor. Es gibt im Frauenhaus Konstanz Frauen mit jeglichem kulturellen Hintergrund.

Die Fallzahlen werden seit 2013 akribisch geführt. Die Jahre 2015 und 2016 können bei Bedarf nachgereicht werden.

Die Träger kommen gerne mit der Verwaltung ins Gespräch, wie man die Bundesmittel zum Ausbau von weiteren Frauenhausplätzen nutzen könnte. Das können die Träger nicht alleine stemmen.

Die Sechs-Wochen-Fristen sind herausfordernd. Der Landkreis Konstanz hat die kürzeste Verweildauer im Land Baden-Württemberg. Das ist im Prinzip auch richtig und gut. Sechs Wochen sind jedoch zu kurz, um eine Perspektive für ein selbständiges Leben zu entwickeln. Für die Träger ist das zudem sehr aufwändig. Es wäre hilfreicher, dies unkomplizierter zu gestalten.

Für männliche Jugendliche wäre es denkbar, spezialisierte Häuser zu nutzen.

Die Anschlusswohnungen muss man vom Thema Wohnungsnot trennen. Die Anschlusswohnungen vermeiden die Wohnungsnot nicht, sondern schieben das Thema hinaus. Das Second-Stage-Projekt dient lediglich der Stabilisierung.

Vorsitzender

Die AWO ist ein großer und weit verbreiteter Träger, sodass man das Problem, ob dann auch die anderen Träger ausbauen werden, gemeinsam angehen kann.

Man müsste im gemeinsamen Gespräch überlegen, ob man bei der Überprüfung des weiteren Bedarfs einen weniger belastenden Weg für die betroffenen Frauen finden könnte.

Frau **Zwiebel** (als Gast / sachverständige Kreiseinwohnerin)

Die Steigung der Fallzahlen bzw. des Bedarfs ist für die Frauenhäuser schwer erfassbar. Die Frauenhäuser haben eine bestimmte Anzahl an Plätzen und man kann nicht prognostizieren, wie es wäre, wenn man weitere Plätze zur Verfügung hätte. Es wird jedoch wahrgenommen, dass es immer häufiger Tage oder Wochen gibt, wo es in Baden-Württemberg oder auch in den Nachbarländern keine freien Plätze mehr gibt.

Kreisrat Volz

Wenn es mehr Unterlagen zu den Zahlen und Statistiken gibt, dürfen diese gerne weitergeleitet werden. Gibt es auch eine Übersicht über die Ausstattung der Häuser?

Kreisrätin Fuchs

Es müsste ein Prüfauftrag an die Verwaltung gehen, wie die acht fehlenden Plätze im Landkreis Konstanz aufgebaut werden können. Das sollte im Ausschuss nochmals beraten werden. Im Prüfauftrag sollte auch dargestellt werden, wie andere Landkreise damit umgehen, Anschlusswohnungen anzubieten.

Für die Ausstattung in den Frauenhäusern wäre ein Vor-Ort-Besuch schwierig.

Vorsitzender

Auch für den Landkreis ist es nicht einfach, die Ausstattung zu sehen. Der Landkreis ist derjenige, der in erster Linie zahlt. Das müsste von den Trägern entsprechend vorgetragen werden.

Bei der Frage nach den Plätzen wird in der Regel auch gefragt, wie es die anderen Landkreise machen. Das könnte man machen. Man muss aber aufpassen, dass man bei zu detaillierter Beschreibung Rückschlüsse auf das jeweilige Frauenhaus machen könnte. Das sollte vermieden werden.

Herr Basel

Man sollte nicht aus dem Auge verlieren, dass man nicht viel bewegt, wenn man nur als Landkreis allein unterwegs ist. Rund 250.000 EUR Kostenerstattungen spielen hier eine Rolle. Dafür wird bisher erfolglos gekämpft. Es wäre wünschenswert, wenn alle Landkreise hier gleich, auch im Rahmen der Istanbul-Konvention, vorgehen würden mit einem verlässlichen System.

Es wird vorgeschlagen, die im Antrag angesprochenen Themen im Rahmen eines Sachstandsberichts über die Umsetzung der Istanbul-Konvention im ersten Halbjahr 2024 mit aufzunehmen.

Vorsitzender

Zudem wird zugesichert, dass eine mögliche Vereinfachung des Verfahrens zur Prüfung des Schutzbedürfnisses in diesem Rahmen ebenfalls mitbetrachtet wird.

Beschluss:

Entfällt.

3. Analyse der Versorgungssituation werdender Eltern; Antrag der Fraktion Freie Wähler

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Frau **Kurkowski** stellt den Sachverhalt dar.

Kreisrat **Mors** (als Gast) erläutert den Fraktionsantrag.

*Auf Nachfrage des **Vorsitzenden** erhebt sich kein Widerspruch aus dem Gremium gegen dieses Vorgehen.*

Kreisrätin **Özdmir**

Im Gemeinderat Radolfzell wurde kürzlich über die radofine beraten. Der radofine wurde dabei als Auftrag mitgegeben, die Finanzierung sicherzustellen.

Der Kreisverwaltung wird der Auftrag mitgegeben, zu berücksichtigen, dass die radofine landkreisweit genutzt wird und aufgrund dessen eine Finanzierung auf Landkreisebene zu sichern. Die Stiftung Spitalfonds Radolfzell kann das auf Dauer alleine nicht tragen. Mit der Stadt Radolfzell sollte eine Lösung gefunden werden, wie man hier vorgehen könnte.

Vorsitzender

Die Mitfinanzierung der radofine beruht auf dem Gedanken, dass die radofine nicht nur für die Stadt da ist. Deswegen ist man bereit, mitzufinanzieren.

Kreisrätin **Graf**

Die Versorgung von Schwangeren und Familien mit Hebammen sagt nichts darüber aus, wie viel die jeweilige Hebamme arbeitet. Es sind nicht genügend da für die Frauen, die gerne eine hätten. Bei dieser Vermittlungsarbeit leistet die radofine einen erheblichen Beitrag.

Viele Schwangere fahren zur radofine, um dort auch Kurse zu besuchen. Auch diese Tätigkeit kommt dem gesamten Landkreis zugute. Es wäre interessant zu wissen, wie viele Kursteilnehmerinnen nicht aus Radolfzell kommen.

Im Notfall können Hebammen über die radofine auch eine Urlaubsvertretung sicherstellen.

Die Versorgungssituation mit Kinderärzten im Landkreis Konstanz ist katastrophal. Es besteht die Befürchtung, dass die Lebenserwartung in Deutschland sinken wird, weil unter anderem die Sterberate bei Kindern zunehmen wird, wenn die Versorgung weiterhin so schlecht bleibt.

Es ist schon schwierig für Eltern, überhaupt alle Termine für die Kindervorsorgeuntersuchungen zu erhalten. Es gibt im Notfall die Nummer 116117 der kassenärztlichen Vereinigung (KV), die dann zum Teil an andere Landkreise vermittelt.

Frau Hotz

Sind bei den Zahlen auch Geflüchtete mitberücksichtigt? Stimmen die Zahlen der KV? Da muss etwas geschehen.

Vorsitzende

Die Zahlen der KV stimmen offenbar nicht. Die Gesundheitsminister haben die Aufsicht über die KV. Nach Ansicht der KV gibt es im Landkreis Konstanz mit Ausnahme der Hausärzte ein Überangebot an Ärzten. Das übersteigt jedoch die Handhabe des Landkreises. Man kann mit der KV keine Sitze aushandeln.

Kreisrat Röwer

Der Eindruck wird geteilt. Die kassenärztliche Vereinigung war schon im Gemeindefrat, aber auch dort kam die Botschaft des Ärztemangels nicht an.

Die anwesenden Mitglieder des Landtags werden gebeten als Botschaft mitzunehmen, dass sich das Land die Situation genau anschauen möge, wie man auf diese Berechnungen kommt.

Im persönlichen Gespräch mit Kinderärzten wurde mehrfach geäußert, dass zwar Interesse bestehen würde, aber es im Landkreis keinen freien KV-Sitz gebe. Der Landkreis kann das nicht lösen.

Anlage 4 zur Vorlage ist das Angebot der Kurse zu entnehmen. In der Bevölkerung gibt einen großen Bedarf an Geburtsvorbereitung und Rückbildungskursen. Die Vertreterinnen der radofine werden gebeten, die Prioritäten hinsichtlich des Kursangebotes zu überdenken und die genannten Kurse in ausreichender Anzahl anzubieten.

Kreisrätin Graf

Rückbildung und Geburtsvorbereitung ist den Hebammen vorbehalten. Das ist auch ein Beweis dafür, dass es einen Mangel an Hebammen gibt.

Kreisrat Volz

Die KV-Sitze werden seit Jahren diskutiert. Geht so etwas über den Landkreistag? Vielleicht könnte man sich mit dem Sozialminister zusammensetzen. Wie kann man hier vorgehen?

Vorsitzender

Es geht hier leider gar nichts. Der Landkreistag wird auf die KV nicht gut zu sprechen sein.

Kreisrätin Wehinger, MdL

Im Landtag wird auch darüber gesprochen. Über die KV wird immer geklagt. Hinzu kommt, dass es auch nicht genügend Kinderärzte gibt. Kinderärzte werden geringer bezahlt.

Die KV ist der Schlüssel zur Lösung.

Kreisrat Dr. Both

Das Thema ist ernst genug, dass man öffentlich darauf hinweisen und den politischen Druck aus dem Landkreis erhöhen muss.

Vorsitzender

Bei der Erhöhung des öffentlichen Drucks besteht die Schwierigkeit, dass man zwar über die KV herziehen könnte, aber dann würde man auch über die Leute herziehen, die den Landkreis durch die Pandemie getragen haben.

Kreisrätin **Graf**

Das ist ein Problem, das man bei der Bundespolitik ansiedeln muss, damit die grundsätzlichen Voraussetzungen geändert werden. Hier haben sich Rahmenbedingungen verändert, die nicht berücksichtigt werden.

Beschluss:

Entfällt.

4. Sachstand Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten

Der **Vorsitzende** stellt den Sachverhalt dar.

Kreisrätin **Dr. Röth**

Die Wartezeiten für Sprachkurse sind derzeit offenbar sehr lange. Es wird darum gebeten, dazu in der Vorlage für den Kreistag entsprechende Informationen mit aufzunehmen.

Frau **Brumm**

Das kann gern versucht werden. Nicht alles wird beim Landkreis erfasst, sondern ggf. bei den Trägern.

Beschluss:

Entfällt.

5. Hausaufgabenbetreuung / Spielgruppen in den Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises Konstanz

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Frau **Brumm** stellt den Sachverhalt dar.

Kreisrätin **Sarikas**

Von Ehrenamtlichen kann es nicht mehr getragen werden. Das Thema muss aber weitergehen und darüber muss man ausführlich diskutieren. Es wird beantragt, das Thema auf die nächste Sitzung des Sozialausschusses zu verschieben.

Vorsitzender

Der Antrag zur Tagesordnung kann zur Abstimmung gebracht werden. Die Arbeitsverträge laufen jedoch aus. Es wäre leichter, jetzt darüber zu diskutieren und ggf. einen entsprechenden Antrag für den Kreistag zu stellen.

Kreisrätin **Sarikas**

Dann sollte das Thema im nächsten Kreistag beraten werden.

Vorsitzender

Es handelt sich hier um eine Mitteilungsvorlage. Wenn man das Thema verstetigen möchte, muss ein entsprechender Antrag gestellt werden.

*Kreisrat **Hoffmann** stellt einen Geschäftsordnungsantrag:*

Die Aussprache wird beendet. Eine Entscheidung wird in der nächsten Sitzung des Kreistags nicht öffentlich beraten.

Kreisrätin **Dr. Hofer**

Die GRÜNEN-Fraktion hatte geplant, eine einjährige Verlängerung der Stellen zu beantragen.

Vorsitzender

Dieser Antrag kann dann für die nächste Sitzung des Kreistags schriftlich eingereicht werden.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss -Geschäftsordnungsantrag Kreisrat Hoffmann (einstimmig, 3 Enthaltungen):

Die Aussprache wird beendet. Eine Entscheidung wird in der nächsten Sitzung des Kreistags nicht öffentlich beraten.

6. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche

6.1. Geplante Kürzung der Beratungshilfe für Migranten durch den Bund; Hinweis Herr Grams

Herr **Grams** informiert darüber, dass die Bundesregierung massive Kürzung im Bereich der Migrationsberatung plant. Die Träger der freien Wohlfahrtspflege versuchen, dies zu verhindern. Das hat auch Auswirkungen auf die Beratungsstruktur im Landkreis.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 16 Uhr.

Der Vorsitzende:

Zeno Danner

Für den Ausschuss:

Tobias Volz

Zekine Özdemir

Für das Protokoll:

Vera Hoffmann